

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Prälat Karl Jüsten, Leiter des katholischen Büros in Berlin, gab heute, 24.01.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum **Thema „Rechtsextremismus“**.
Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Sabine Hackländer.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch
Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden
Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050
Internet www.swr2.de

Datum: 24.01.2012

Erwartungen der katholischen Kirche an das Spitzentreffen gegen Rechtsextremismus

Baden-Baden: Der Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Karl Jüsten, hält eine breitere zivilgesellschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus für notwendig. Zwar gebe es bereits viele zivilgesellschaftliche Initiativen, es könne aber durchaus mehr gemacht werden. Es sei eine der bedrückendsten Erfahrungen, dass der Antisemitismus wieder hoffähig geworden sei, dem müsse entschieden begegnet werden, sagte Jüsten im Südwestrundfunk (SWR). In Bezug auf die umstrittene Demokratie-Klausel, die Initiativen unterschreiben müssen, um an staatliche Fördergelder zu kommen, sagte Jüsten, davon halte man in der katholischen Kirche nicht sehr viel. Es handle sich um ein unnötiges Misstrauen, da die Initiativen, die die Projekte durchführten, den staatlichen Stellen bekannt seien.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Hackländer: Ein Spitzentreffen im Bundesinnenministerium soll helfen, die verschiedenen Initiativen gegen Rechtsextremismus besser zu vernetzen. Geladen sind Vertreter aus Politik, Kirchen und Verbänden. Sie sitzen für die Deutsche Bischofskonferenz mit am Tisch. Welche Erwartungen haben Sie an dieses Treffen?

Jüsten: Also zunächst einmal ist die Erwartung, dass das Thema jetzt wirklich sehr prominent auf der Tagesordnung ist. Und das ist dringend erforderlich. Wir haben aus unserer innerkirchlichen Arbeit die Erfahrung gemacht, dass Rechtsradikalismus in unserem Land nicht eine Petitesse ist, sondern dass das verbreiteter ist, als wir das gerne hätten. Und dass sich nun in der Gesellschaft alle relevanten Gruppen dem Thema annehmen, das ist gut. Das haben wir ja auch schon bei anderen Themen erlebt, wenn auf einmal ein Ruck durch die Gesellschaft durchgeht, dass diese Themen angemessen angegangen werden.

Hackländer: Kritik ist ausdrücklich erwünscht, sagt der Innenminister im Vorfeld. Haben Sie eine Mängelliste im Gepäck?

Jüsten: Die Mängelliste, die wir aus kirchlicher Sicht haben, ist eigentlich eher diejenige, dass das, was wir wissen, nicht entschieden genug angewandt wird. Es gibt eigentlich sehr viele Kenntnisse im Umgang mit Rechtsradikalen. Wir haben auch gute Erfahrungen, wie man das bekämpfen kann. Es muss nur entschieden genug angegangen werden.

Hackländer: Antisemitismus ist in der Gesellschaft tief verankert. Zu diesem Schluss ist ja eine unabhängige Studie gekommen, die gestern offiziell von Bundestagsvizepräsident Thierse vorgestellt wurde. Welche Rolle spielt diese Erkenntnis im Kampf gegen den Rechtsextremismus?

Jüsten: Ja, das ist ja eine der bedrückenden Erfahrungen, dass also offenkundig der Antisemitismus wieder hoffähig geworden ist. Antisemitismus und Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus treten oft gemeinsam miteinander auf. Von daher muss also auch diesem Phänomen entschieden begegnet werden.

Hackländer: Würden Sie denn sagen, es wird genügend über die Ursachen von Rechtsextremismus und rechter Gewalt nachgedacht auch in der Katholischen Kirche?

Jüsten: In der Katholischen Kirche haben wir verschiedene Organisationen, die sich sehr stark mit dem Thema auseinandersetzen, vor allen Dingen die Jugendverbände. Der BDKJ hat ja auch einige Aktionen gestartet. Der CAJ, die Christliche Arbeitnehmerjugend, aber auch die Arbeiterbewegung, aber sicher könnte das noch stärker sein, auch in den anderen Verbänden, auch in den Kirchengemeinden. Es gibt einzelne Kirchengemeinden, die machen immer wieder Aktionen. Aber da kann sicher auch noch mehr gemacht werden.

Hackländer: Die Politik hat sich dieses Themas immer angenommen, sagt Bundesfamilienministerin Schröder mit Verweis auf das seit 11 Jahren existierende Bündnis für Toleranz oder dem von Ex-Kanzler Schröder ins Leben gerufenen „Aufstand der Anständigen“ nach dem Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf. Würden Sie dem zustimmen? Haben wir in Sachen zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus nichts verschlafen?

Jüsten: Also, es ist immer sehr viel gemacht worden. Das stimmt schon. Ich bin ja damals auch dabei gewesen, als der Bundesinnenminister Schily diese Aktivitäten ins Leben rief. Aber es ist dann doch nichts Dramatisches, oder man meint, es sei nichts Dramatisches passiert. Dann sind wir durch die Zwickauer Zelle eines besseren belehrt worden, dass Dramatisches passierte. Wir sind zur Tagesordnung übergegangen in der öffentlichen Wahrnehmung. Und das können wir uns eigentlich nicht leisten.

Hackländer: Für wie sinnvoll halten Sie denn, dass zivilgesellschaftliche Initiativen eine sogenannte Demokratieklausel unterschreiben müssen, um an staatliche Fördergelder zu kommen, also eine Bescheinigung, dass man selbst kein Extremist ist?

Jüsten: Also, unsere Fachleute, die mit diesem Thema beschäftigt sind, die halten da nicht furchtbar viel von, weil die sagen, wer sich da engagiert, ist A den staatlichen Stellen bekannt und zum zweiten ist das ein Misstrauen, was man gegen ihre Arbeit hat. Andererseits schaden tut es auch nichts. Also, das ist jetzt auch nicht so ein Aufregerthema. Aber ich glaube nicht, dass das in irgendeiner Weise etwas damit zu tun hat, ob da die Falschen unterstützt werden. Denn die staatlichen Stellen kennen ihre Pappenheimer.

- Ende Wortlaut -